

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illust. Sonntagsblatt

Telephon Amt 1, Nr. 10121-10148. Filialen: Prenzlauer L. Köpenicker L. Wilmersd. L. Wittenber. L. Frankfurter L. Altonaer L. ... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Der neue Kurs in Schleswig.

Die am 1. September, also am Tage vor der Gedächtnisfeier, erschienene Nummer der theologischen Zeitschrift 'Die Christliche Welt' enthält an erster Stelle, wo sonst gewöhnlich religiöse Betrachtungen ihren Platz haben, in gelbem Druck einen 'Quousque landan' überlieferten Aufsatz des

Seit in nachdrücklicher Zeit, das die weiter bildenden und feiner empfindenden Deutschen aller Richtungen und Parteien sich aus Patriotismus wider 'diese selbstmörderische Praxis' zusammenschließen.

Unbegreifliche Verbendung hält dort eine Politik aufrecht, die weder vor den Geboten der Natur noch vor den Forderungen der Moral bestehen kann, und die auf die Dauer das Deutschtum mit schwerem Schaden bedroht.

Es liegt wohl auf der Hand, daß es Ereignisse erster Art sein müssen, die einen angehenden Professor der Theologie zu einem solchen Auftritte veranlassen haben.

Den unmittelbaren Anlaß hat die Ausweisung des dänischen Historikers Clausen gegeben. In der Tat, es war eine niederschlagende Nachricht. Ein dänischer Gelehrter, der sich nie als an irgendeiner Agitation beteiligt hat, wird für ein Jahr in verschiedene Schriften in fastlich-historischer Weise die nord-schleswigsche Frage behandelt hat, erhält während eines Ferienaufenthaltes - bei seinem Schwiegervater, dem früheren Landtagsabgeordneten des Kreises Sønderborg, Nielsen, nachts auf der Straße einen Ausweisungsbefehl mit zweifelhafter Begründung.

Schon früher haben andere deutsche Universitätsprofessoren manches tapferer Wort gegen die Zwangspolitik in Nord-schleswigsch gesprochen; aber jetzt, wo besonders die deutsche Wissenschaft in der Weise beleidigt worden ist, ist es mit um größerer Begeisterung zu begriffen, daß sie einen so berufenen Verteidiger gefunden hat.

Gerade jetzt, freilich das große Koppenhagener Blatt 'Politiken', kommt eine solche Rundgebung im rechten Augenblicke - als eine Botschaft von einem besseren Deutschland als demjenigen, das wir täglich unmittelbar südlich der Grenze in Uniform antreffen. Es ist das Deutschland, dem gegenüber das dänische Volk nur von den Gefühlen des Respektes und der Sympathie befehle ist.

Der Fall Clausen ist innerlich ein Akt: eine Erklärung des dänischen Volkes. Er steht in Verbindung mit anderen Vorgängen der letzten Zeit in der Nordmark, die sich als Lebergriffe der Zwangspolitik gegen die dänische Bevölkerung Nord-schleswigs darstellen. So ist die geistliche Verhaftung der Luthelbrein Woesen viel beprochen worden. Freilich Woesen unterrichtet im dänischen Verlesungsbaule in Scherwedung junge Mädchen im Ziemer. Ebenfalls das Gericht in höchster Instanz, der weinliche Unterricht für geistlich erlaubt erklärt hatte, erfolgte ihre Teilnahme und Einführung in das Amtsfängnis zu Londen, wo sie unter fast unglücklichen Umständen beinahe 14 Tage zubringen mußte, bis ihr Vater durch eine Beschwerde beim Kultusministerium ihre Freilassung durchsetzte.

Die Verhaftung der Schöden in der Nordmark hat sich auch in anderen Dingen fundgegeben. Ein altes Verbot aus dem Jahre 1865 gegen das Tragen von dänischen Farben in der

Kurze Chronik.

Der deutsche Kaiser trifft am 20. d. M. zu einem zweiseitigen Besuch in Wien ein.

• Gegen den Vorwurf unter dem Verdacht der Spionage festgenommenen deutschen Offizier Siegfried Helm wurde ein förmlicher Verhaftungsbefehl ausgefertigt.

• Ein nationalliberaler Vertreter in Nürnberg hat gegen einen Grobblöb mit der Sozialdemokratie Stellung genommen.

Zur Erinnerung an das Konzil in Konstanz im Jahre 1414 und an die Verbrennung von Johann Huß wollen die Katholiken der fünf Wobensfeuerfesten im Jahre 1914 zu einer Zugung zusammentreten.

• In Weizen in Währen sind infolge des Hochwassers vier Versionen ertrunken, 32 Häuser eingestürzt und zahlreiche Häuser dem Einsturz nahe.

In Petersburg sind in den letzten vierundzwanzig Stunden 49 Neuerkrankungen und 16 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen. Die Zahl der Kranken beträgt jetzt 632.

• Näheres im Text des Blattes.

Form von Kofarben und ähnlichem, das nach und nach in Vergessenheit geraten war, ist in jüngerer Zeit von dem Landrat v. Kalar in Apentade - dem Mann mit der Wänselgrüte - wieder aufgeführt worden. Die Wänselgrüte der öffentlichen Sicherheit sind jetzt früh wie spät nach dänischen Farben auf der Suche. Es macht unangenehm einen förmlichen Eindruck, wenn die Polizeibehörden es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, Studenten und Schüler, die sich auf Herbergsbesuch in Nord-schleswigs aufhalten, die Kofarben von der Wänselgrüte zu reinigen (auf jedes Studenten- und Schülerermite ist in den skandinavischen Ländern eine Kofarbe). Es ist vorgekommen, daß einem Schutjungen eine Kofarte aus der Matrosenmütze gezogen wurde, weil sie die Farben des Dannebrog hatte, daß eine Dame aufgeführt wurde, ihre Hutnadel zu entfernen, weil die verborgenen Farben davon zu sehen waren, daß ein Radfahrer sogar zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt wurde, weil sein Rad unglücklichweise eine Firmenmarke mit einem dänischen Fährlein aufwies. Kleinigkeiten genügen, wie man sieht, um die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden. Es ist wohl zu verstehen, wenn die dänischen Zeitungen den Studenten raten, ihre Mütze zu kaufen zu lassen, damit sie sich nicht der Unangenehmheit aussetzen, daß ein Radfahrer sogar zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt wurde, weil sein Rad unglücklichweise eine Firmenmarke mit einem dänischen Fährlein aufwies.

Die Ausweisungen - diejenige Magister Clausen ist nur eine von vielen, wenn auch eine besonders signifikante - die Politikmännern aller Art, von denen hier einige wenige Proben gegeben sind, diese ganz unruhigbare und schädliche Politik der Radefische, alles das scheint wieder einen neuen Kurs in Nord-schleswigs einzuleiten. Denn das zeitliche Zusammenstreifen aller dieser Ereignisse ist zu auffallend, als daß es als zufällig bezeichnet werden könnte. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Wendung in der Nordmarkspolitik auf den Wechsel im Ministerium des Reiches zurückführt, zumal da die unfehlbare Genugung Riberen-Wänselgrüte gegen die Dänen bereits vor früher her bekannt ist. Ob die nord-schleswigschen Sozialbehörden direkte Anweisungen bekommen oder ob sie aus eigener Machtvollkommenheit gehandelt haben, da sie von vornherein der Billigung ihrer Maßnahmen höheren Ortes sich zu sein glauben, mag dahingestellt sein: eine Kursänderung ist jedenfalls zu konstatieren, die vielleicht noch mehr Früchte zeitigen wird. Der Optimismus Professor Rodes, daß diese Politik bald ad acta gelegt werden wird, bleibt vorläufig wahrscheinlich leider nur ein frommer Wunsch. Es müßte denn das Unwahrscheinliche zur Wirklichkeit werden, daß sich die Gebildeten ganz Deutschlands zur Gründung eines Vereins zum Schutze des deutschen Ansehens zusammenschließen.

Nationalliberale Wahlpolitik.

Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Landespartei rechts des Rheins beschloß sich einen aus juragungen Privat-Telegramm zufolge in einer Sitzung in Nürnberg mit der Stellung, die der bevorzogene nationalliberale Parteitag in Raffel bei den nächsten Reichstagswahlen einnehmen wird. Einmütig war man der Ansicht, daß es wünschenswert sei, daß in Raffel eine Grobblöbpolitik mit der Sozialdemokratie abgemacht wurde. In erster Linie sollen nicht Bündnisse mit der fortgeschrittenen Sozialpartei angestrebt werden, sondern aber, wenn möglich auch mit den rechtsstehenden Parteien. Doch rechts wie nach links sollte jedoch Wahlunterstützung nur dort gewährt werden, wo die Kandidaten Grundsätze dafür bieten, daß sie weder eine einseitige Agrarpolitik nur im Interesse der Großgrundbesitzer, noch eine Politik des Bestandens betreiben, sondern daß sie die Interessen aller Stände, insbesondere auch die Industrie, Handel und Ge-

werbe eintreten werden. In Bayern rechts des Rheins könne mit Rücksicht auf die hier herrschenden Verhältnisse auf diese Wahlpolitik freieschloß verachtet werden.

Professor Dr. Schömann in Düsseldorf gibt nach einem an uns gelangten Privat-Telegramm die Erklärung ab, daß von ihm an den Vorständen des Verbandes Rheinproving der Sozialistischen Volkspartei ein Schreiben an den Vorständen der nationalliberalen Partei in der Rheinproving kam in Bonn erlangte, in dem er seinerseits ein gemeinsames Vorgehen beider liberaler Parteien für die nächsten Reichstagswahlen anregte. Nach den ihm gegebenen Mitteilungen überwiegt dieses im Hinblick des Vorstands seiner Partei ergangenen Schreiben in der nächsten Sitzung des Provinzialvorstandes der nationalliberalen Partei zur Besprechung gelangen. Ein Kandidat sei noch in keinem einzigen zum Bezirksverband Rheinproving gehörenden Wahlkreise aufgestellt.

Das gemeingefährliche Treiben des Bundes der Landwirte.

Der Hansabund geißelt in einem ausgestellt Artikel das gemeingefährliche Gebahren des Bundes der Landwirte, der durch einen raffiniert betriebenen Boykott die Mitglieder des Hansabundes gefährlich zu ruinieren sucht. Der Hansabund führt folgende Fälle von bösewärtlichem Terrorismus an:

Ein Mitglied des Bundes der Landwirte, ein Domänenpächter in der Nähe von Fürstenberg an der Oder, hat die Bauern seines Ortes aufgehetzt, bei den Mitgliedern des Hansabundes in Fürstenberg nichts mehr zu kaufen. Der Boykott hat nachweislich bestanden. Doch hat die Ortsgruppe Fürstenberg des Hansabundes den Domänenpächter schriftlich und mündlich zur Rede gestellt und durch ihr Auftreten bewirkt, daß dieser 'eine Segg' und den Boykott einzustellen verprochen.

Ein Händler in Betriebe und Futtermitteln in Oderberg-Strahl, der Mitglied des Hansabundes ist, wurde von einem Großgrundbesitzer aus dem Verbandenkreise des Bundes der Landwirte Gruppe des Bundes der Landwirte boykottiert mit folgender Begründung: 'Wir sind uns schuldig geworden, daß wir gegen die Herren von Hansabund Stellung nehmen. Die Herren Kaufleute in Angermünde werden sich wundern!' Der Boykott gegen das Hansabundmitglied ist denn auch tatsächlich durchgeführt worden. Dieses stand fünf Jahren mit eben jenem Großgrundbesitzer in Geschäftsverehr.

In Saganow in Mecklenburg wurde ein Zimmermann, der Mitglied des Hansabundes war, von Mitgliedern des Bundes der Landwirte auf dem Bahnhof angehalten und ihm klar gemacht, daß ihm die Arbeiten erledigt werden würden, wenn er Mitglied des Hansabundes bleibe. Der Mann hat sich darauf zum Austritt genötigt gesehen, weil er große Landbesitzer hat.

In Salzwedel liegt der Fall deshalb besonders instruktiv, weil das hier in Betracht kommende Mitglied des Bundes der Landwirte noch dazu Amtsversteher ist. An sich entbehrt dieser Job nicht eines gewissen Humors: Lange, ehe der Hansabund begründet wurde, kam ein Unternehmer auf die Idee, in Salzwedel ein neues Restaurant mit dem nono de guerra 'Hansahaus' zu schmücken. Als nun der Hansabund gegründet war und auch in Salzwedel festen Fuß faßte, erklärte der betreffende Adressat und Amtsversteher, daß er in dem Hause mit dem ominösen Namen nicht mehr verkehren würde. Die Sejmischen mußten ihm nachsichtig sein. Denn der Herr hat sich zu einem Inhaber genötigt, in dem er erklärte, daß das 'Hansahaus' mit dem 'Hansabund' nicht das geringste zu tun habe. Lediglich ist das Treiben dieses lächerlichen Gemwalthäufers schon lange nicht ganz harmlos. Während der Wahlen zum preussischen Landtag hat er es fertiggebracht, seinem Salzwedeler Barbier die Kandidatur anzudrehen, falls dieser liberal wählen, und seinem Salzwedeler Schmiedemeister gegenüber, der sich als liberaler Wahlmann hatte aufstellen lassen, hat er es durch die Drohung, ihm die Arbeiten zu entziehen, dahin gebracht, daß dieser ihm die schriftliche Versicherung geben mußte, er habe seine Wahlmannentfaltung niedergelegt. Eine Abschrift des interessanten Dokuments ist vorhanden.

In der Umgegend von Gardelegen haben beinahe ganze Dörfer die Mitglieder des Hansabundes mit Boykott bedroht, ja sogar Firmen, deren Inhaber gar nicht einmal Mitglieder des Hansabundes sind oder waren, sondern nur Verwandte von ihnen. Einem Mitglied des Hansabundes, einem Sandwitzer, der wegen einer Arbeit einen Adressat in Gardelegen aufsuchte, paßierte folgendes: Der Landmann lud den Meister zum Mittagessen ein und nahm ihn zunächst ins Gebet, ob er auch nicht etwas Mitglied des Hansabundes sei. Der Meister, der meinte, um was es sich handeln sollte, wußte aus. Darauf erklärte der bösewärtliche Landmann wortlich: 'Lad will ich zu man legen - wenn wir wollen, die in'n Hansabund hin, die alle. De ganze Bund der Landwirte - wie wollen sich bei denen lösen, die in'n Hansabund sind, um wie verfahren ob sich an die!' Unter der Wirkung dieser Drohung erklärte der Handwerker seinen Austritt aus dem Hansabund. Ein Zahnarzt in Gardelegen gab neben seiner Abhängigkeit von der Landbevölkerung als Austrittsgrund an. Herr v. R. hätte ihm verprochen, gegen das in Vorbereitung befindliche Kurpfuschergesetz zu stimmen, wenn es getrieben 'ausnotiert' sein die Gegen von Westfalen gehen. Bei einem Händler mit Wirtschaftsgütern ergingens zwei Großgrundbesitzer, verlangten den Inhaber zu sprechen und fragen ihn, ob er im Hansabunde sei. Erst als der Händler versichert, er sei nicht Mitglied, erklärten sie: 'Na, denn ist's jut - da werden wir unre Frauen holen.' 'Sprechen's, verhandeln, scheuten mit den draußen wartenden Frauen zurück und saukten zur Belohnung für mehr denn hundert Mark Waren. In einem zweiten Falle handelt es sich um ein Hansabundmitglied, das mit Droge und Bestechungen handelt und dessen Hansabund zu mehr als zwei Dritteln des unglücklichen Landbesitzes ist. Der Kaufmann merkte, nachdem sein